2022/37 Thema

https://shop.jungle.world/artikel/2022/37/antideutsch-taugt-nicht-als-qualitaetssiegel

Die Reparationsforderungen bedienen den Geschichtsrevisionismus der PiS

Antideutsch taugt nicht als Qualitätssiegel

Kommentar Von **Linn Vertein**

Die polnische Parlamentskommission betreibt in dem Bericht, der künftigen Reparationsforderungen an Deutschland zugrunde gelegt werden soll, Geschichtsrevisionismus. Polen sieht sich vor allem als Opfer, Auseinandersetzungen mit der historischen Beteiligung an der Judenverfolgung werden unterbunden.

»Es geht um unsere Ehre. Und das ist kein Theater«, sagte Jarosław Kaczyński, der Vorsitzende der polnischen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS), bei der Präsentation des »Berichtes über die Verluste Polens als Folge der Deutschen Aggression und Besatzung während des Zweiten Weltkriegs 1939–1945« im Warschauer Königsschloss. Das kann durchaus als offenherziger Hinweis auf die Motive der angekündigten Reparationsforderungen der polnischen Regierung an Deutschland aufgefasst werden.

Das Gutachten, welches die von PiS angeführte Regierung in Auftrag gegeben hatte (siehe Seite 3), beziffert die von Deutschland angerichteten Schäden sowie deren Folgen für das heutige Polen auf 1,3 Billionen Euro. Tatsächlich beziehen sich 79 Prozent der polnischen Reparationsforderungen auf die schiere Anzahl der Ermordeten. Etwa 5,3 Millionen Polen wurden von den deutschen Besatzern umgebracht, darunter drei Millionen Juden.

Doch so berechtigt die Forderungen auch sein mögen – in ihrer Begründung wird die Beteiligung von Polen an der Judenverfolgung geleugnet. Diese Art von Geschichtsrevisionismus wird in Polen unter der PiS seit Jahren gefördert. Zu thematisieren, dass die drei Millionen ermordeten polnischen Juden nicht ausschließlich Opfer der deutschen Besatzer, sondern zu Tausenden eben auch der polnischen Kollaborateure wurden, kann in Polen zu Konflikten mit dem Gesetz führen. So sind unter anderem »Angriffe auf den guten Namen der polnischen Nation« ein Straftatbestand, der 2018 eingeführt und auf dessen Grundlage bereits gegen polnische Holocaustforscher vorgegangen wurde.

Bekannter ist das sogenannte »Holocaustgesetz«, welches in Polen ebenfalls 2018 eingeführt wurde und bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe vorsieht, wenn jemand »öffentlich und faktenwidrig der polnischen Nation oder dem polnischen Staat die Verantwortung oder Mitverantwortung zuschreibt für die durch das Dritte Reich begangenen nationalsozialistischen Verbrechen«.

Der polnisch-jüdische Historiker Jan Grabowski, der in Kanada lehrt, ist wegen seiner Arbeit über die polnische Beteiligung an der Judenverfolgung in Polen massiv angefeindet und antisemitischer Hetze ausgesetzt worden. Grabowski kritisiert aber nicht nur den offensichtlichen Geschichtsrevisionismus, den der Parlamentsbericht verfolgt. Die israelische Tageszeitung Haaretz berichtet darüber, dass der Historiker in der Auflistung der Verbrechen, für die Polen deutsche Reparationen fordert, mehrere entdeckt, bei denen es sich um unabhängig von den Deutschen verübte Angriffe von Polen auf ihre jüdischen Nachbarn handelt, unter ihnen das Pogrom von Jedwabne. Im Juli 1941 zündeten Polen eine Scheune an, in die sie zuvor die jüdischen Bewohner der Kleinstadt hineingetrieben hatten, die dann bei lebendigem Leib verbrannten. Man geht von mehreren Hundert Ermordeten aus. »Was für eine Wiedergutmachung will Polen von den Deutschen haben für die 200 000 Juden, die von Polen oder unter polnischer Beteiligung ermordet wurden«, schrieb Grabowski auf Twitter. Man muss nicht auf deutsche Schuldabwehr aus sein, wenn man die polnischen Reparationsforderungen als populistisches Theater und den polnischen Geschichtsrevisionismus als eben solchen kritisiert. Auch wenn das nicht zum guten antideutschen Ton gehören mag.

© Jungle World Verlags GmbH